

IRAN

Teheran schlägt unter Druck wild um sich

Menschenrechtsorganisationen schlagen Alarm: Das Regime in Iran begegnet wachsenden Reformwünschen im Land mit immer brutaleren Mitteln.

VON VOLKER SCHMIDT (FRANKFURT A. M.)

Was die 16-jährige, geistig behinderte Ateqeh Rajabi verbrochen hatte, weiß wohl nur ihr Richter. Wegen "unkeuschen Verhaltens", so örtliche Medien, wurde sie am 15. August in Neka in der nordiranischen Provinz Mazandaran hingerichtet. Der Richter habe ihr eigenhändig den Strick umgelegt.

"Wir haben seit 1990 zehn Hinrichtungen minderjähriger Straftäter dokumentiert", sagt die Iran-Expertin von AI, Ruth Jüttner, "davon allein in diesem Jahr drei. Insgesamt wurden in diesem Jahr bereits 108 Menschen hingerichtet, so viele wie im ganzen vergangenen Jahr. Die Dunkelziffer ist viel höher." Iran lässt AI-Beobachter seit 30 Jahren nicht einreisen. Die Hinrichtungswut passt ins Bild: "Die Lage der Menschenrechte in Iran hat sich verschlechtert. Im Juli wurden zwei Zeitungen verboten, zehn Journalisten sitzen im Gefängnis", sagt Jüttner. Reformpolitiker müssen wegen Beleidigung des Islam vor Gericht.

Der islamische Wächterrat, oberste iranische Gesetzgebungsinstanz, hatte nach der Parlamentswahl im Februar ein Ende des Reformkurses verkündet. Konservative hatten gesiegt, nachdem der Rat viele liberale Kandidaten ausgeschlossen hatte.

Iran steht unter doppeltem Druck: international vor allem wegen seines Atomprogramms und möglicher Einmischung in Irak. Im Land "wählen die Menschen seit acht Jahren Reformpolitiker, aber Reformen werden nicht durchgesetzt", sagt Iran-Expertin Jüttner. Die Wirtschaft lahm, viele sind arbeitslos. Als Reaktion auf den Druck schlägt das Regime um sich, verbietet, zensiert, lässt auspeitschen und hinrichten.

Berichte über die Haltung der Iraner zur Todesstrafe sind widersprüchlich: Laut Informationsdienst "todesstrafe.de" bedankte sich Ende August in Teheran eine Menschenmenge lautstark für die öffentliche Hinrichtung eines Vergewaltigers. Es soll aber auch Proteste gegen Exekutionen gegeben haben. Laut AI wurde eine Frau, die in Notwehr einen Vergewaltiger, einen Polizeioffizier, getötet hatte, zwar zum Tode verurteilt - aber nach internationalen und nationalen Protesten verschont.

Derzeit läuft hinter den Kulissen des Europaparlaments die Auswertung des Menschenrechtsdialoges mit Iran. Die EU hatte 2002 parallel zu Verhandlungen über ein Handelsabkommen unter anderem Verbesserungen der Menschenrechte angemahnt.

"Man muss sehen, wo der Dialog tatsächlich Verbesserungen gebracht hat", schlägt Jüttner vor. AI und Human Rights Watch (HRW) fordern öffentliche, überprüfbare Zielvorgaben. Sarah Leah Whitson, HRW-Leiterin für den Mittleren Osten, sagte, der "furchtsame Dialog" reiche nicht mehr; die EU müsse Irans Kampagne gegen Andersdenkende "öffentlich verurteilen". Für internationalen Druck sei das Regime empfänglich, so AI; er habe etwa erreicht, dass im Mai Folter per Gesetz verboten wurde.

Iran hat die UN-Kinderkonvention unterzeichnet, hält aber Mädchen mit zehn Jahren für heiratsfähig und strafmündig. Ein Gesetz, in dem das Mindestalter für die Todesstrafe auf 18 Jahre erhöht wird, hatte das Parlament im Dezember 2003 vorgelegt. Der Wächterrat blockiert es. Für Ateqeh Rajabi käme es zu spät. Dass sie in Abweichung vom islamischen Recht, der Scharia, nicht bis zur Hüfte eingegraben und langsam zu Tode gesteinigt wurde, werten zynische Beobachter schon als Lichtblick.

Quelle: Frankfurter Rundschau 06.09.2004